

Weiterbildung für alle

»Deutschlands Zukunft hängt von einem offenen und chancengerechten Zugang zur Weiterbildung ab.« Das erklärte die Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV), Rita Süßmuth, vor den 1.500 Gästen des 13. Deutschen Volkshochschultages in Berlin, bei dem auch das neue DVV-Grundsatzprogramm vorgestellt wurde. Darin verpflichten sich die Volkshochschulen zu noch mehr eigenen Anstrengungen für mehr Bildungsgerechtigkeit für alle. Der DVV trat auch der »Allianz für Bildung« (vgl. EB 2/11) bei. Um Bildungsangebote für bildungsbenachteiligte Erwachsene vorhalten zu können, forderten die Volkshochschulen von Bund und Ländern sowie der Wirtschaft jährlich 100 Millionen Euro. Damit sollen pro Jahr zusätzlich 50.000 funktionale Analphabeten Lesen und Schreiben lernen. Die DVV-Präsidentin reagierte damit auf eine Studie, nach der in Deutschland 7,5 Millionen Erwachsene so geringe Lese- und Schreibkompetenzen haben, dass sie am alltäglichen Leben nur schwer teilhaben können (vgl. EB 2/11).

DVV-Vorsitzender Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, kündigte in Berlin eine Innovationsoffensive der Volkshochschulen an. »Unsere Angebote werden den Betroffenen in jeder Lebensphase und auf unterschiedlichen Niveaustufen zur Verfügung stehen, vom Anfänger- bis zum Fortgeschrittenkurs mit beruflicher Ausrichtung und anerkanntem Abschluss, als Weiterbildungsangebot in der Volkshochschule oder zu Hause und am Arbeitsplatz unter Einsatz moderner digitaler Lernplattformen.«

Aktive Bürger und bürgernahe Politik

Diskussionen der außerschulischen Szene

Politikverdrossene, politikferne Bevölkerungskreise oder eine desinteressierte Jugend, aber zunehmend auch Wutbürger und Empörte sind in der letzten Zeit als Problemfälle identifiziert worden. In der EU und den Staaten der europäischen Peripherie haben sich wütende Bürger und Bürgerinnen, siehe die nordafrikanische »Arabellion«, noch in ganz anderer Weise bemerkbar gemacht. Für den eingespielten Betrieb der Politik mögen solche Aktivitäten als Störung erscheinen. Für die politische Erwachsenenbildung könnte der zivilgesellschaftliche Eigensinn dagegen eine Chance sein – wie er auch in historischer Perspektive eine wichtige Antriebskraft darstellt, um nonformale, außerhalb des formalen Ausbildungssystems stehende Bildungsbemühungen zu organisieren.

Engagierte Bürger

Bürgerengagement und Bürgerprotest spielten und spielen für die außerschulische politische Bildung in Deutschland eine konstitutive Rolle. Die breit gefächerte, plurale Trägerschaft der Jugend- und Erwachsenenbildung versteht sich ja als zivilgesellschaftliche Initiative und damit als politischer Akteur sui generis. Sie will kein bloßer Dienstleister angesichts öffentlicher Notlagen, kein Werk der Politik sein, auch wenn sie auf staatliche Förderung existenziell angewiesen und, zumindest bislang, bildungspolitisch getragen und gewollt ist. (Einschlägige Kürzungsmaßnahmen etwa bei der Bundeszentrale für politische Bildung, siehe EB 1/11 und EB 2/11, lassen hier jedoch Schlimmes befürchten.) Zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement und das Spannungsverhältnis, das sich daraus zur staatlichen Sphäre ergibt,

beschäftigen daher die nonformale Bildung seit Langem.

Politik-Professor Herfried Münkler hat im Journal für politische Bildung 1/11 festgehalten, dass das bürgerschaftliche Engagement, das 2011 durch ein Europäisches Jahr besonders gewürdigt wird, im politischen System zwiespältige Wirkungen zeitigt. Die Auseinandersetzungen um den Stuttgarter Bahnhofsneubau hätten z.B. gezeigt, dass sich die politische Administration und größere Teile der Bürgerschaft »immer weiter voneinander entfernen und die von den Parteien verkörperten Verbindungslinien, über die Hinweise und Anregungen, Warnungen und Stoppsignale kommuniziert werden, nicht mehr oder nur noch unzulänglich funktionieren«. Das führte Münkler zu der provokativen Frage, was die Parteien eigentlich leisten, »worin sie nicht durch andere Organisationsformen der politischen Meinungsbildung abgelöst werden könnten«. Doch müssten sich auch NGOs befragen lassen, in welchem Auftrag und mit welchen Ressourcen sie öffentlich agieren.

Eine politische Stellvertreter- oder Ersatzfunktion der Zivilgesellschaft – die in der Sozialpolitik schon problematisch genug ist, wenn alles andere beim Alten bleibt – würde gravierende Konsequenzen für die demokratische Ordnung haben. Die deutsche Demokratie ist ja als eine Parteiendemokratie institutionalisiert. Die Verlagerung von Kompetenzen auf zivilgesellschaftliche Initiativen würde eine solche Konstruktion infrage stellen, so wie das Fernbleiben aktiver Bürger jetzt schon den Parteien das Wasser abgräbt. Können aber auf singuläre politische Fragen und einen begrenzten Zeitraum hin orientierte Initiativen Parteien ersetzen? Wo läge die demokratische Legitimation sol-



Proteste gegen Stuttgart 21
Foto: Martin Storz

cher Aktivitäten? Wäre Transparenz gewährleistet? Klaus-Peter Hufer, in der Bildungsszene als Vertreter eines emanzipatorischen Ansatzes bekannt, hat ebenfalls im Journal Nr. 1, das dem Jahr des Bürgerengagements gewidmet ist, die Rolle der Erwachsenenbildung in diesem Kontext betont. Politische Erwachsenenbildung hat, so Hufer, soziale Bewegungen über ihr eigenes Projekt, über seine Chancen und Grenzen aufzuklären. Bildungs-

arbeit müsse die partikularen Interessen mit den allgemeinen politischen Erfordernissen vermitteln. Dies lehre die Erfahrung, die bereits in den 1970er-Jahren mit dem Aufbruch der Bürgerinitiativen gemacht wurde. Aber im Unterschied zu dieser Zeit habe sich mittlerweile einiges geändert: »Das allgemeine Ausbildungsniveau ist gestiegen. Stuttgart und der Protest gegen die Atompolitik zeigen, dass die Protestbewegung nicht aus einem gesellschaftlichen Randbezirk heraus kommt, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Es wird aber auch deutlich – beispielsweise im Widerstand gegen die beabsichtigte Schulreform in Hamburg –, dass es Initiativen und Bürgerbegehren gibt, die gewohnte Strukturen beibehalten, auch eigene Privilegien verteidigen wollen.«

Empörte Bürger

Der Psychologe Harald Welzer hat jüngst im Spiegel (28/11) einen Essay »Empört euch – über euch selbst!« veröffentlicht. Sein Fazit lautet: »Die Politik tritt auf der Stelle, weil Privilegiensicherung zum einzigen Inhalt des Politischen geworden ist.« Welzers Thema sind die warnenden

Prognosen einer »Ökodiktatur«, die teils von interessierter Seite (Vahrenholt, RWE) verbreitet werden und sich darauf richten, dass »die energetische Transformation der Gesellschaft« ein Maß an Idealismus und Opferbereitschaft verlange, das »auf demokratischem Wege nicht zu verwirklichen« sei. Welzers Reaktion ist ambivalent. Einerseits verweist er darauf, dass unsere »Leitkultur des Verbrauchs und der Verschwendung« systembedingt ist. Sie ist ja die Folge des Wachstumsimperativs, der für die marktwirtschaftliche Ordnung generell gilt; also müsste hier auch angesetzt werden. Andererseits gibt er dem diktatorischen Zugriff auf unser aller Opferbereitschaft gewissermaßen recht. Die Politik soll Mut fassen, sie soll sich daran erinnern, »dass Modernisierung immer das Resultat eines mühsam erkämpften Abbaus von Privilegien ist.«

So ergibt auch Welzers Schlagzeile Sinn: Die durch den Bestseller von Stéphane Hessel (übrigens ein kommerzieller Verlags-Coup eigener Art) bekannt gewordene Forderung, dass sich Bürger und Bürgerinnen empören, d.h. in die Fragen des Gemeinwesens einmischen und nicht in Lethargie verharren sollen, wird zurückgenommen. Der Einzelne soll da ansetzen, wo er sowieso zuständig ist, nämlich bei sich und seinem Lebensstil. Er soll die Eingriffe in seine Lebensqualität hinnehmen und seine materielle Versorgungslage im weltweiten Maßstab als ein einziges Privileg begreifen. Da passt es, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Sommer 2011 das kontinuierliche Sinken der Löhne im deutschen Niedriglohnssektor meldete. Ideell sollen sich die Menschen hierzulande damit trösten, dass sie sich im Vergleich zu anderen Weltgegenden auf einem guten Lebensniveau befinden. Praktisch hat das die Folge, dass sie immer stärker an diesem Vergleichsmaßstab gemessen werden und ihren »Privilegien« der Prozess gemacht wird.

Politik-Professor Peter Grottian, der selber im Bürgerprotest aktiv und einer seiner wichtigsten Theoretiker ist, vertritt dagegen das Recht des parti-

Trendbericht Weiterbildungsverhalten

Die Weiterbildungsbeteiligung der über 50-Jährigen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das belegt der Trendbericht zum Adult Education Survey (AES) 2010 »Weiterbildungsverhalten in Deutschland«, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Sommer vorlegte. Besonders deutlich ist das Wachstum der Weiterbildungsteilnahme bei den 60- bis 64-Jährigen: Sie stieg innerhalb von drei Jahren von 18 Prozent auf 27 Prozent. Der vollständige Bericht liegt ab Oktober 2011 als eine Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) vor. Der sprunghafte Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung Älterer von 2007 bis 2010 ist laut DIE überraschend, wobei für die begrüßenswerte Entwicklung zwei Ursachen verantwortlich sein könnten: Möglicherweise motiviert die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zur Teilnahme an Weiterbildung als Investition in die berufliche Zukunft, und zwar sowohl die einzelnen Arbeitnehmer als auch die Betriebe. Ferner könnte der Anstieg darauf zurückzuführen sein, dass es sich bei den heute 60- bis 64-Jährigen um die Generation der Bildungsboomer handelt. Weitere zentrale Ergebnisse des Trendberichts werden in der Ausgabe der DIE-Zeitschrift (2/11) kommentiert. Der AES-Trendbericht kann über die Website des BMBF (www.bmbf.de) bestellt werden und steht als Download ([www.bmbf.de/pub/...](http://www.bmbf.de/pub/)) zur Verfügung.

kularen Aufbegehrens. »Ziviler Ungehorsam massenhaft und gewaltfrei – das fürchten die Herrschenden. Stuttgart in dem Sinne zum Tahrir zu machen« sei das Gebot der Stunde (Lunapark21, 14/11). Die Wahl des grün-roten Landtags habe den Protest nicht erledigt. »Das selbstbewusste Pochen auf einer regionalen Legitimation der wirklich Betroffenen« sei der entscheidende Punkt, das habe auch die Anti-AKW-Bewegung seit den 1970er-Jahren gelehrt. Grottian sieht die Stuttgarter Proteste als »Symbol für eine Selbstermächtigung der Bürger«, die die Parteipolitiker, die Angestellten auf Zeit, in die zweite Reihe verweise.

Von einem solchen Anstellungsverhältnis kann in einer repräsentativen Demokratie allerdings keine Rede sein. Bürger und Bürgerinnen geben nicht die Richtlinien der Politik aus, wofür sie sich dann ausführendes Personal suchen. Auch bei Grottian ist das eher eine ideale Bestimmung der Politik – eine Vision, wie sie sein sollte, wenn die Bürgerschaft sie so sähe. Über Visionen lässt sich aber endlos streiten. Produktiver wäre es da, in die politischen Lernprozesse, die die sozialen Bewegungen – da sind sich die meisten Experten einig – dringend brauchen, Fragen zur ideologischen und praktischen Rolle des Allgemeinwohls im real existierenden politischen System einzuspeisen. Welche Interessen haben denn zur Einführung und zum jahrzehntelang aufrechterhaltenen Betrieb einer lebensgefährlichen Atomtechnologie geführt? Warum muss überall im Lande die Umschlaggeschwindigkeit von Sach- und Humankapital erhöht und der Rest an überlieferter Stadtkultur geschleift werden? Steht dahinter immer das Gemeinwohl? Gibt es da nicht ganz eigene ökonomische und politische Bilanzen, die solchen Fortschritt erzwingen, sowie Vorentscheidungen, die nur solche »Sachzwänge« zulassen? Das wären z.B. Fragen, wie sie die Erwachsenenbildung in den Diskurs mit bewegten Bürgern und Bürgerinnen einbringen könnte.

Johannes Schillo

Nonformale Bildung ist gefragt

Europäische Diskussion zur Bildungspolitik

Zunehmend bestimmt die bildungspolitische Diskussion auf europäischer Ebene die nationale Entwicklung – ein Trend, der in den EU-Verträgen eigentlich nicht vorgesehen war, der sich aber, wie mittlerweile vieles in der Europäischen Union, als unabwendbare Sachnotwendigkeit eingestellt hat und der auch die betroffenen Organisationen und Träger der Bildungsarbeit in den europäischen Mitgliedsländern herausfordert.

Qualifikationsrahmen

Ein markantes Beispiel ist die Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR), der nationale Bildungsabschlüsse europäisch vergleichbar machen soll und der inzwischen, auch in Deutschland, zur Erarbeitung nationaler Rahmenwerke geführt hat (vgl. den Bericht vom Expertenworkshop 2010 in EB 3/10). Zurzeit befindet sich der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) in der Erprobung, und seine Implementierung, also seine Nutzung als Referenzsystem in den Abschlusszertifikaten des deutschen Bildungssystems, ist für 2012 vorgesehen. Bei dem Workshop im Vorjahr »wurde deutlich, dass die Einbeziehung der Weiterbildung schon aufgrund der unterschiedlichen Interpretationen dessen, was zur nonformalen oder formalen Bildung gehört – trotz vorgelegter Definition – unterschiedlich interpretiert wurde«. Das resümierte seinerzeit KBE-Geschäftsführerin Andrea Hoffmeier, die jetzt auch im Sommer 2011 bei neuen Beratungen an der Sitzung einer Arbeitsgruppe (AG 1) für die katholische Erwachsenenbildung teilnahm. Diese befasste sich mit den Anschlussmöglichkeiten nonformalen und informellen Lernens an den DQR in den Bereichen

allgemeine, politische und kulturelle Bildung.

Zu der Konsultation hatte das Bildungsministerium (BMBF) vor allem Vertreter und Vertreterinnen aus Erwachsenenbildung, Jugendarbeit, Jugendbildung und Verbänden eingeladen. Die BMBF-Abteilungsleiterin Susanna Schmidt begrüßte die Teilnehmer der Zusammenkunft, die von Ekkehard Nuisl, Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), geleitet wurde, und machte als Ziel der eingerichteten Arbeitsgruppen deutlich, mögliche Verfahrenswege zur Einbeziehung nonformalen und informellen Lernens in den DQR unter Beteiligung der Hauptakteure der Fort- und Weiterbildung sowie der Sozialpartner zu erarbeiten. Die Absicht, den außerschulischen, nach der europäischen Bildungsterminologie: nonformalen Bereich einzubeziehen, ist also politisch vorhanden. Die Schwierigkeiten, über die in der Erwachsenenbildungsszene schon vielfach diskutiert wurden, sind damit noch nicht überwunden.

Hier sind jetzt konkrete Initiativen gefragt – und auch schon einige unterwegs. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen werden ihre Empfehlungen zeitnah in den weiteren Beratungsprozess eingeben und auch Weiterbildungen/Kurse probeweise dem DQR zuordnen. Daran wird sich die katholische Erwachsenenbildung beteiligen. Auch der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem die katholische Erwachsenenbildung mitarbeitet, wurde aktiv. Er hat Anfang 2011 seine Arbeitsgruppe Grundsatzfragen neu konstituiert. Die AG kam im Sommer 2011 zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wertete u.a. die Ergebnisse der Konsultation mit dem BMBF aus. Sie hat für die nächste Zeit ein Arbeitsprogramm vereinbart, das sich

vor allem mit dem Kompetenzbegriff und den daraus resultierenden Kontroversen sowie mit der Dokumentation von Lernleistungen im nonformalen Bereich befasst wird. (Interessenten wenden sich an den [bap: info@bap-politischebildung.de](mailto:info@bap-politischebildung.de).)

Nonformal und informell

Seit gut zehn Jahren wird auf europäischer Ebene über die Rolle nonformaler Bildung diskutiert. Mit der neuen begrifflichen Einordnung werden auch Aufgaben der Jugend- und Erwachsenenbildung erfasst. Im EU-Memorandum über Lebenslanges Lernen aus dem Jahr 2000 wurde die Dreiteilung in formale, nonformale und informelle Bildung mehr oder weniger offiziell eingeführt, wobei sich gleich eine Diskussion ergab, inwiefern dadurch etwa eigenständige Erwachsenenbildungstraditionen, wie sie in den europäischen Ländern bestehen, infrage oder zur Disposition gestellt sind. Definitorisch ist die Dreiteilung folgendermaßen bestimmt: Als formale Bildung werden im EU-Memorandum die auf Abschlüsse und Zertifikate ausgerichteten Bildungsangebote bezeichnet, während pädagogisch arrangierte und begleitete, aber nicht abschlussbezogene Angebote als nonformale Bildung und alle Formen des alltäglichen Lernens en passant als informelle Bildung firmieren. Zur Begriffsklärung gibt es jetzt einen Kommentar von Benedikt Widmaier im Journal für politische Bildung Nr. 3/11, das der neuen Bildungs-Trias gewidmet ist. Hier zeigt sich auch, dass die definitorische Abgrenzung einige Probleme aufwirft.

In der bildungspolitischen Diskussion richtet sich heutzutage das Hauptaugenmerk auf Fragen der Beschäftigungsfähigkeit, wobei das EU-Memorandum aber – tendenziell gleichberechtigt – die Bedeutung der Active Citizenship nannte. Um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, werden demnach immer häufiger Kompetenzen verlangt, die sich aus rein formaler Bildung nicht direkt ergeben;

diese Soft Skills sichtbar zu machen sei ein entscheidender Schritt zur Anerkennung nonformaler Bildung, heißt es in der Diskussion. Mit dem Thema beschäftigt sich jetzt auch das Arbeitspapier »Pathways 2.0 towards recognition of non-formal learning/education and of youth work in Europe«, das in Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit dem Europarat entstanden ist. Weitere Institutionen und Verbände waren an der Ausarbeitung

ebenfalls beteiligt. Das Papier liegt mittlerweile auf Deutsch unter dem Titel »Wege zur Anerkennung von nicht formalem Lernen/nicht formaler Bildung und Jugendarbeit in Europa« vor. (Der Wortlaut des Arbeitspapiers findet sich auf dem Youth-Partnership-Webportal, das von der Europäischen Kommission und dem Europarat betrieben wird. Adresse: <http://youth-partnership-eu.coe.int>.)

js

Weiterbildungsstatistik im Verbund

Im Sommer 2011 hat das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE) zum achten Mal die »Weiterbildungsstatistik im Verbund« veröffentlicht. Sie fasst zum Berichtsjahr 2009 Daten aus vier großen Organisationen allgemeiner und politischer Weiterbildung, darunter auch die katholische Erwachsenenbildung, zusammen. Das kommentierte Tabellenwerk enthält umfassende Informationen zu Rechtsformen, Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der beteiligten Weiterbildungsorganisationen. Wichtige Ergebnisse aus der Verbundstatistik 2009 sind:

- Im Verbund wurden rund 1,2 Millionen Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt.
- Das Zeitvolumen der durchgeführten Veranstaltungen betrug insgesamt 21 Millionen Unterrichtsstunden.
- 2009 wurden 18,6 Millionen Teilnahmen an Veranstaltungen der beteiligten Organisation gezählt.
- Im Verbund waren 13.000 Mitarbeiter hauptberuflich beschäftigt. 276.000 Menschen waren im Verbund ehrenamtlich, neben- oder freiberuflich tätig.
- Die Teilnehmenden trugen 36 Prozent der Kosten für Weiterbildung durch Gebühren und Entgelte. 27 Prozent wurden von den Trägern der Einrichtungen aufgebracht (inklusive kommunaler Träger bei Volkshochschulen), 28 Prozent stammten aus verschiedenen öffentlichen Haushalten. Die Einrichtungen warben 9 Prozent sonstige Mittel ein. Das gesamte Finanzvolumen lag bei 1,4 Milliarden Euro.

Für die Weiterbildungsstatistik 2009 wurden Daten von fast 1.900 Einzeleinrichtungen ausgewertet. Die Angaben wurden auf die insgesamt 2.140 Weiterbildungseinrichtungen im Verbund hochgerechnet. Damit deckt die Verbundstatistik etwa ein Fünftel der Einrichtungen der organisierten Weiterbildung in Deutschland ab und leistet einen wichtigen Beitrag zur Transparenz über einen bedeutenden Teilbereich der Weiterbildungslandschaft. Am Verbund sind der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung beteiligt. Hinzu kommt als assoziierter Partner der Deutsche Volkshochschul-Verband. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten beteiligte sich 2009 einmalig nicht an der jährlichen Erhebung. Neben Auswertung und Veröffentlichung der Daten bietet das DIE auch eine individuell zugeschnittene statistische Aufbereitung für die Verbundpartner sowie für Wissenschaft, Politik und Praxis an. Weitere Informationen: www.die-bonn.de/Weiterbildung/Statistik/Verbundstatistik. Kontakt: steinbach@die-bonn.de, www.die-bonn.de.

120 Jahre Rerum novarum

AKSB würdigt Sozialenzyklika

Den 120. Jahrestag der Veröffentlichung der Enzyklika Rerum novarum hat der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) zum Anlass genommen, in einer Erklärung vom Mai 2011 das kirchliche Dokument mit Blick auf die eigene Bildungsarbeit zu würdigen. Die erste große Sozialenzyklika, mit der die Kirche zum beginnenden weltweiten Siegeszug des Kapitalismus Stellung nahm, ist für den Vorstand der AKSB ein zentrales Dokument der politisch-sozialen Orientierung. In ihm werden, so die katholische Fachorganisation für politische und sozialetische Bildung, grundlegende Standards sozialer Gerechtigkeit und Ordnung benannt, die auch heute noch für die Weiterentwicklung der Arbeit katholisch-sozial orientierter Bildung ein wichtiges Fundament darstellen. Der in der Sozialenzyklika thematisierte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und ihr Eintreten für die soziale Gerechtigkeit zeigten deutlich, dass zumeist strukturelle Ordnungsprobleme und nicht in erster Linie das Verhalten von Einzelnen zu Ungerechtigkeit und Exklusion führen.

Notwendigkeit des Nachdenkens

Aus Anlass des Jubiläums verweist daher die AKSB auf die bleibende Notwendigkeit des Nachdenkens und der Vergewisserung der tragenden Werte und Prinzipien der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Hier kann übrigens auf einer langen sozialkatholischen Tradition aufgebaut werden. Mit der Veröffentlichung der ersten Sozialenzyklika durch Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891 wurde – nach einem längeren Vorlauf sozialetischer Studienkreise und verschiedenen Bemühungen auf

nationalkirchlicher Ebene – die Entwicklung der modernen päpstlichen Sozialverkündigung begründet. Seitdem stellt die katholische Soziallehre, die im Korpus der autoritativen päpstlichen Rundschreiben zusammengefasst wird, aber auch als Sozialverkündigung von Verbänden und Experten weiterentwickelt wird, eine wichtige Quelle kritischer Reflexion dar, die viele Anregungen zur Lösung der sozialen Fragen bietet.

Maßgebliche Traditionslinie

Das gelte, so die AKSB, gerade auch in der gegenwärtigen Situation. Das Jubiläum von Rerum novarum eröffnete die Gelegenheit, die Positionen der Soziallehre wieder stärker in den öffentlichen Diskurs zu rücken. Als Antwort auf die Ordnungsprobleme moderner Industriegesellschaften, die durch den Gegensatz von Kapital

und Arbeit geprägt sind, hatte die Enzyklika die Berücksichtigung von Prinzipien genannt, die für eine gerechte Ordnung wesentlich sind: Personalität, Solidarität und Subsidiarität. Im Zeitalter der ökologischen Krise ist in der kirchlichen Sozialverkündigung die Nachhaltigkeit als weiteres Prinzip hinzugekommen. Die AKSB erinnert in ihrem Statement auch daran, dass die Bedeutung von Rerum novarum für die Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit der modernen Gesellschaft in den folgenden Sozialenzyklischen Quadragesimo anno von Pius XI. (1931), Mater et Magistra von Johannes XXIII. (1961), Octogesima adveniens von Paul VI. (1971) und Centesimus Annus von Johannes Paul II. (1991), die jeweils im Rückbezug auf das Veröffentlichungsdatum der ersten modernen Sozialenzyklika erschienen, immer wieder betont wurde. Außerhalb dieses Turnus veröffentlichte dann Benedikt XVI. 2009 Caritas in veritate – ein soziales Rundschreiben, das nach der weltweiten Krise des Kapitalismus mit ihrer Vernichtung von Milliardenwerten, ihrer Ruinierung einzelner Volkswirtschaften und ihrem finanzkapitalistisch fast bis zum »Systemabsturz« vorange-

Solidarische Gesellschaft und Web 2.0

Wenn die Stabilität einer Gesellschaft auf angemessene Formen gelingender Sozialisation und Solidarität angewiesen ist, stellt sich heute zunehmend die Frage, ob soziale Netzwerke dazu einen Beitrag leisten. Wie sozial sind die »Social Media« eigentlich? Das fragt auch die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), die sich unter dem Titel »Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0 – Sozialisation, Partizipation und intergenerationelle Solidarität« auf ihrer Jahrestagung vom 21. bis 22. November 2011 mit den aktuellen Entwicklungen im Bereich »Social Web« und intergenerationaler Dialog vertraut machen will. Dabei geht es natürlich vor allem darum, Konsequenzen für die politische Bildung zu ziehen. Als Referenten nehmen Prof. Bernd Trocholepczy (Frankfurt/M.), Thomas Kupser (Institut für Medienpädagogik, München), Dr. Jan Hinrik Schmidt (Hans-Bredow-Institut, Hamburg), Jürgen Ertelt (Fachstelle Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland), Dr. Stephan Eisel (Konrad-Adenauer-Stiftung) und Jürgen Pelzer (Universität Frankfurt/M.) teil. Die Jahrestagung findet im Tagungszentrum Stuttgart-Hohenheim der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart statt. Die Akademie ist Kooperationspartner dieser Tagung. Weitere Informationen finden sich auf der Website der AKSB (www.aksb.de). E-Mail: schuck@aksb.de.

triebenen Furor der Geldvermehrung eine erstaunlich milde, von Kritikern auch als »weltfremd« bezeichnete Bewertung des Kapitalismus vornahm (vgl. EB 3/09).

Die Traditionslinie, die von *Rerum novarum* ausgeht, belegt laut AKSB die Produktivität und Fruchtbarkeit der katholischen Soziallehre im Blick auf aktuelle Herausforderungen. Diese Linie der kirchlichen Sozialverkündigung sei für politisch-pädagogische Bemühungen grundlegend. Die Konvention für katholisch-sozial orien-

tierte politische Bildung der AKSB (vgl. dazu die Vorstellung aktueller Fachliteratur in EB 2/11) will diese Positionen und Erkenntnisse in aktueller Form aufnehmen und in ihrer Bildungsarbeit die Impulse für eine gerechte und solidarische Entwicklung unserer Zeit umsetzen. In den Seminaren der politischen Bildung, die von den Mitgliedseinrichtungen der AKSB angeboten werden, sollen die Prinzipien der katholischen Sozialethik den Reflexionshintergrund bilden und auch jungen Teilnehmenden

eine verlässliche Orientierung bei der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen bieten. Dass hier Bedarf besteht, zeige sich auch an den Rückmeldungen auf das vielfältige Bildungsangebot der AKSB zu aktuellen Gestaltungsaufgaben wie Migration, Demokratiepraxis, Partizipation, aktive Bürgerschaft. (Weitere Informationen und den gesamten Text der Erklärung finden sich im Netz unter: www.aksb.de, Link Aktuelles.)

js

Online-Medien gewinnen Bedeutung

Eine aktuelle Übersicht

Die Fachöffentlichkeit der Erwachsenenbildung wird nicht mehr allein durch Printmedien bestimmt, sondern findet zunehmend im Internet statt (vgl. dazu das Themenheft Web 2.0 von EB, Nr. 2/11). Die meisten Zeitschriften haben zusätzlich eine Netzpräsenz – so auch die Zeitschrift EB (siehe unter: www.kbe-bonn.de), die zurzeit Überlegungen zum Ausbau dieses Angebots anstellt. Darüber hinaus gibt es Fachzeitschriften, die gleich als Online-Angebot gestartet sind.

»erwachsenenbildung.at«

Das Magazin »erwachsenenbildung.at« (www.erwachsenenbildung.at/magazin) wird dreimal jährlich im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur durch das Institut EDUCON herausgegeben. Es enthält Beiträge aus Wissenschaft und Praxis und steht allen Interessierten als Plattform im Bereich Erwachsenenbildung, Weiterbildung und Lebenslanges Lernen zur Verfügung. Es ist ein kostenloses Online-Fachmedium, das von ExpertInnen und AutorInnen aus den unterschiedlichsten Feldern gestaltet wird. Es will einen Diskurs zwischen Forschung und Praxis anregen und so als

zeitgemäßes Online-Medium der (österreichischen) Erwachsenenbildung fungieren. Die fachliche Qualität wird durch das Review einer sechsköpfigen Fachredaktion sichergestellt, die sich aus Vertretern der Erwachsenenbildung und der Bildungsforschung zusammensetzt. Als letzte Ausgabe ist im Sommer 2011 die Nr. 13 »Erwachsenenbildung als Faktor aktiven Alterns« erschienen.

»Auswege«

Seit fast vier Jahren gibt es das kostenlos zugängliche Online-Magazin »Auswege – Perspektiven für den Erziehungsalltag« im Internet (www.magazin-auswege.de). Es widmet sich dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch über die Themen Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht und basiert auf der Mitarbeit zahlreicher TheoretikerInnen und PraktikerInnen. Das Magazin ist zwar als Initiative in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) entstanden, es will aber keine Verbandszeitschrift sein oder den Kreis der Autoren und Autorinnen in diesem Sinne beschränken. Die Redaktion möchte eine offene demokratische Diskussion über Pädagogik, Bildungspolitik und Psychologie pflegen und damit ein Forum für

»gesellschaftlich-progressive Denkansätze« bieten. Einen Schwerpunkt bilden Fragen des Schulunterrichts, es werden aber auch viele andere Themen aus Bildungspolitik, -theorie und -praxis abgehandelt.

Zum Herbst 2011 hat z.B. EB-Autor Uwe Findeisen in den »Auswegen« seine Aufsatzreihe »Wie bitte wird man eine erfolgreiche (Ware) Arbeitskraft?« abgeschlossen. Findeisen greift mit dieser Reihe, deren vierter und letzter Teil jetzt den Übergang vom Bildungs- zum Beschäftigungssystem thematisiert, den neueren bildungsökonomisch Fokus aufs »Humankapital« in kritischer Absicht auf. Im Schlussteil geht es u.a. um folgende Fragen: Welche Bedeutung hat das selektive Bildungssystem im Kapitalismus? Unterstützen die Unternehmer individuelle Bildungsinteressen der Lohnabhängigen? Welche Rolle spielen Löhne und Gehälter? Warum scheitern junge Azubis und Arbeitssuchende, obwohl sie alles »richtig« machen? Ausgangspunkt der Aufsatzreihe sind die Schwierigkeiten von Bildungseinrichtungen, mit Lernwiderständen und Lernunlust von Jugendlichen und jungen Erwachsenen umzugehen.

js

Gute Noten für zivilen Friedensdienst

Umfassende Evaluierung

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein wirksames und wichtiges Instrument der deutschen Friedens- und Entwicklungspolitik. Das bescheinigte dem ZFD eine umfassende Evaluation, die zum Sommer 2011 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegt wurde. Durchgeführt wurde sie von einem unabhängigen Schweizer Forschungsinstitut. »Die Evaluierung bestätigt, dass der ZFD die Zivilgesellschaft in Krisenregionen erfolgreich in gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Friedensförderung unterstützt«, so Minister Niebel. Die durch die Evaluation aufgezeigten Stärken sollen im folgenden Reformprozess gemeinsam mit dem Konsortium ZFD weiter ausge-

baut und die Schwächen bearbeitet werden. Es gelte dabei insbesondere, den Wirkungsgrad und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu steigern und den ZFD so zu entwickeln, dass er andere deutsche und internationale Instrumente der Friedensförderung effektiv ergänzt. Auch die beteiligten Organisationen nahmen die Ergebnisse der Untersuchung positiv auf. »Die Evaluierung bestätigt – bei aller Kritik in Detailfragen – den Nutzen, die Bedeutung und die Effektivität des Zivilen Friedensdienstes. Die Kritik und die Empfehlungen aus der Evaluierung sind für den Zivilen Friedensdienst wichtig«, kommentierte Jürgen Deile vom Konsortium ZFD, in dem sich die Trägerorganisationen zusammengeschlossen haben.

Der Zivile Friedensdienst ist ein Programm, das von sieben staatlichen und nichtstaatlichen Trägerorganisationen, darunter den konfessionellen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit, durchgeführt und vom BMZ finanziert wird. In den 12 Jahren seines Bestehens wurden insgesamt mehr als 700 Fachkräfte in über 40 Länder entsandt. Über den ZFD werden professionell ausgebildete Fachleute weltweit in Konfliktregionen entsandt. Sie unterstützen zivile Gruppen und Organisationen in den jeweiligen Ländern bei ihrem Bemühen, offene oder schwelende Konflikte friedlich zu regeln und den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Bei der Vor- und Nachbereitung sind auch viele Einrichtungen der Erwachsenenbildung beteiligt. Die deutsche Zusammenfassung der Evaluation steht unter folgendem Link zum Abruf bereit: www.bmz.de/de/publikationen/reihen. Weitere Informationen über den ZFD finden sich auf www.ziviler-friedensdienst.org.

Jede Generation muss Demokratie einüben

Positionspapier der politischen Stiftungen

Mit einem Positionspapier zur politischen Bildung haben die Vorsitzenden der politischen Stiftungen in Deutschland (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, Heinrich-Böll-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung) eine aktuelle Standortbestimmung zu Zielen, Aufgaben und Grundsätzen ihrer Arbeit vorgenommen und Pläne zur Weiterentwicklung der politischen Bildung vorgestellt.

Das Papier wurde am 12. Juli 2011 Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich übergeben. Demokratie sei die einzig freiheitliche, damit aber auch anspruchsvolle Staatsform, heißt es in der Erklärung. Aus diesem Grunde müsse sie von jeder Generation neu erlernt und eingeübt werden. Der offensichtliche Vertrauensverlust in die Politik und ihre Institutionen gehe

heute einher mit einem abnehmenden Kenntnisstand vieler Menschen über die Funktionsweise eines demokratischen Systems. Beides gefährde auf Dauer die notwendige Teilhabe und verantwortliche politische Mitgestaltung des Gemeinwesens durch die Bürgerinnen und Bürger. Politische Beteiligung setze also politische Bildung voraus.

Werte und Orientierungsrahmen

Politische Bildung, so die Stiftungen weiter, müsse nachhaltig angelegt sein. Aus einem historischen Bewusstsein heraus solle sie zur Zukunftsgestaltung motivieren und sich der aktuellen Themenfelder annehmen. Um gerade auch junge Menschen für Politik zu motivieren, nehme sie die Entwicklungen in der digitalen Welt auf und modernisie-

re sich dabei stetig. Ziel der Bildungsarbeit der politischen Stiftungen sei es, den Bürgerinnen und Bürgern basierend auf den politischen Strömungen in Deutschland Werte und Orientierungsrahmen anzubieten, Grundlagenwissen über politische Themen, über Entscheidungsverläufe, aber auch politisches Rüstzeug zu vermitteln und sie vor allem zur Übernahme von gesellschaftspolitischer Verantwortung zu befähigen und zu ermutigen. Dabei gehen die Stiftungen von einem umfassenden Bildungsbegriff aus: Die berufliche Aus- und Weiterbildung und die politische Bildung seien seitens des Staates gleichermaßen zu fördern. Denn eine Demokratie brauche politisch gebildete Bürger. (Das Positionspapier ist auf den Websites der Stiftungen erhältlich: www.kas.de, www.fes.de, www.freiheit.org, www.boell.de, www.hss.de, www.rosalux.de.)

Verfassungsschutz als Bildungsakteur?

Unter dem Titel »Bildungsarbeit ohne Geheimdienst« wurde zum Sommer 2011 ein Aufruf für kritische, freie und qualifizierte politische Bildung als Grundlage demokratischer Kultur und Gesellschaft veröffentlicht. Den Aufruf unterstützen bisher rund 100 Personen und Projekte, u.a. aus der Politik (vor allem aus SPD und Linkspartei), aus der Bildungsarbeit, aus der Wissenschaft, aus den Gewerkschaften, aus Initiativen und Organisationen gegen rechts. Die Verfasser bemängeln, dass der Verfassungsschutz seit geraumer Zeit zunehmend als politischer Bildungsakteur und »Partner« für zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen rechts in Erscheinung trete. Diese Entwicklung erfordere dringend Widerspruch. Der In-

landsgeheimdienst sei von politischen Vorgaben und Machtverhältnissen abhängig und als staatliches Überwachungsorgan, dessen Tätigkeit oftmals repressive Auswirkungen habe, nicht als Bildungsakteur geeignet. Kritische politische Bildungsarbeit müsse eine gesellschafts- und ideologiekritische Perspektive einbeziehen, die auch bei finanzieller Förderung den Anbietern Aktionsmöglichkeiten unabhängig von staatlichen politischen Interessen erlaube.

In voller Länge ist der Aufruf mit einer Liste aller Unterzeichner und Unterzeichnerinnen im Netz unter <http://bildenohnegeheimdienst.blogspot.de> zu finden. Für Nachfragen steht Nico Schlüter vom Apabiz e.V. (030/6116249) zur Verfügung.

VON PERSONEN

Torsten Thiel ist neuer Leiter der Katholischen Bildungsstätte St. Martin in Germershausen. Thiel löste Augustinerpater Lukas Schmidkunz OSA ab, der Germershausen im Sommer verließ, um andere Aufgaben im Orden zu übernehmen.

Einen neuen Vorstand wählte die Mitgliederversammlung des Forums Hochschule und Kirche e.V. (FHOK) im Mai 2011 in Bonn. Als 1. Vorsitzender wurde Jürgen Weber (KHG Mannheim, KHP) wiedergewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind: 2. Vorsitzende Antonia Härtel (KHG Marburg), 3. Vorsitzender Robert Lappy (Hochschulreferent im Erzbistum München und Freising), Beisitzer: Dr. Christoph Klock (KHG Mainz) und Sarah Wernerus (KHG Köln). Ausgeschieden sind Tobias Weber (KHG Köln), bisher 2. Vorsitzender, und Andreas Fuhrmann (KHG Mannheim) als Beisitzer. In Verbindung damit fanden die Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen des Forums statt.

Dr. Klaus-Peter Hufer ist seit dem Sommersemester 2011 außerplanmäßiger Professor an der Fakultät Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen.

Der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, hat den diesjährigen Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) erhalten. Der undotierte Ehrenpreis wird am 7. Dezember 2011 in der Frankfurter Paulskirche verliehen. Petra Herre, Redakteurin der Zeitschrift »forum erwachsenenbildung« der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e.V.) ist mit einer Fachtagung (Titel: »Lebenslanges Lernen zwischen Nützlichkeit und Lebenslust - Themen evangelischer Erwachsenenbildung«) in den Ruhestand verabschiedet worden. Die Zeitschrift erscheint neuerdings mit leicht verändertem Design beim W. Bertelsmann Verlag. Außerdem hat sich Petra Herre stark in dem KBE-Projekt InfoNet engagiert.

Nürnberger Tage für Integration

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) richtete vom 19. bis zum 20. Mai 2011 die diesjährigen Nürnberger Tage für Integration aus. Etwa 200 Teilnehmende widmeten sich der Fragestellung »Mittendrin und doch aneinander vorbei? – Der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Prüfstand«. Experten und Expertinnen beleuchteten das Thema im Blick auf Aspekte einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern. Der Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), Lothar Harles, moderierte einen Workshop, bei dem Boris Brokmeier (Tutor beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten) mit einem Impulsreferat einen Einblick in bestehende Ansätze und Angebote der politischen Bildung im Bereich interkulturelle Öffnung gab. Ein zweites Impulsreferat von Wiebke Kohl (Fachbereich »Politikferne Zielgruppen« in der Bundeszentrale für politische Bildung) beschäftigte sich mit der zentralen Frage »Identifikation von Zielgruppen« und Projekten der Bundeszentrale.

In seiner Zusammenfassung der Ergebnisse im Plenum begrüßte Harles die Bereitschaft des BAMF, die politische Bildung in den weiteren Planungsprozess einzubeziehen. Im Fokus der Beratungen stand die Frage, was aufseiten der Aufnahmegesellschaft passieren müsste, um Integration erfolgreich zu gestalten. Viele Hindernisse stünden dem, so Harles, noch entgegen: verbreitetes Unwissen, fortwirkende Traditionen, mangelnde Kompetenzen im gesellschaftlichen Miteinander, fehlende Kontakte zu Migranten. Die Migrantenorganisationen forderten, dass sie unmittelbar in den Klärungsprozess einbezogen werden. Sie klagten über mangelnde finanzielle Ressourcen, die auch mit intensivem Engagement nicht aufgewogen werden könnten. Nach Ansicht des bap-Vorsitzenden könnten jedoch viele Probleme durch verstärkten Austausch und durch mehr Kooperation vor Ort sowie bundesweit leichter bewältigt werden.